

Wahlprüfsteine der BI Seensucht

		SPD	CDU	Bürger für Görlitz	Grüne (GR und Kreistag)	zur Sache e. V.	FDP	Piraten	Linkspartei
		Die Sanierung von bestehendem Wohnraum muss in einer vom Leerstand geprägten Stadt, wie Görlitz, Priorität haben. Die SPD Görlitz sieht im Umbau und der Weiterentwicklung der Quartiere in Weinhübel und Hagenwerder eine sinnvollere und kostensparendere Perspektive für das Wohnen und Leben in Seenähe. In unseren Augen müssen naturschutzrechtliche Belange an der geplanten Bebauungsstelle den Vorrang haben.	Zur Planung von Wohnhäusern am See verweisen wir auf das Konzept von Herrn Engel und im Besonderen dabei darauf, dass die ganzjährige Nutzung des Seeumfeldes für dessen Entwicklung und Attraktivität von großer Bedeutung sein wird. „Wohnen am See“ soll nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, wobei der Umfang und die Standortdiskussion bei weitem nicht abgeschlossen sind.		Wir lehnen dieses Vorhaben ab. Die Gemeinde Markersdorf hat den zweiten Schritt vor dem ersten vollzogen. Der Rahmenabschlussplan sieht landwirtschaftliche Nutzung auf dieser Fläche vor, da geotechnische Standsicherheitsprobleme nicht auszuschließen sind. Das verteuert das Vorhaben zusätzlich. Da Görlitz aber in der Einwohnerzahl zulegen will, sollten im eigenen Stadtgebiet, also eher am Ostufer des Sees, Wohnen am See ermöglicht bzw. vorhandene Wohnungen genutzt werden. Seit den beiden Beschlüssen zur Aufstellung im Planungsverband verfügen wir über deutlich mehr Informationen und damit mehr Argumente gegen dieses Vorhaben.	Der eherne Grundsatz seit der Gründung des Planungsverbandes war und ist die öffentliche und uneingeschränkte Zugänglichkeit des Sees. Hinzukommen auch die Belange des Naturschutzes. Eine geschlossene Wohnbebauung erfüllt aus unserer Sicht diese Anforderungen nicht, zumal der strukturelle Rahmenplan an dieser Stelle ökologische Nutzungen vorsieht. Weitere ungeklärte Fragen, wie eine mögliche Erschließung und Verkehrsanbindung bringen zusätzliche Einflussfaktoren in diesen Naturraum. Auch würde die Attraktivität des Sees durch eine Wohnbebauung sicherlich nicht steigen, jedenfalls nicht für die Allgemeinheit.		Eine Antwort steht noch aus.	Grundsätzlich steht nach unserer Auffassung einer Wohnbebauung in Seenähe nichts entgegen. Wir sind aber der Überzeugung, dass vor einer Nutzung als Wohnanlage andere Nutzungskonzepte und deren Verwirklichung Priorität haben. Eine nachhaltige und mit einem Gesamtkonzept, einer vielschichtigen Nutzung der Möglichkeiten am See, abgestimmten Bebauung bzw. Flächennutzung muss allen möglichen zukünftigen Nutzerinnen und Nutzern möglich sein.
		In Anbetracht des Demographischen Wandels ist grundsätzlich ein Markt für eine solche Einrichtung erkennbar. Ob und wo im Raum Görlitz so eine Einrichtung sinnvoll angesiedelt werden kann, müssen Experten beurteilen. Die Erschließungskosten am See werden absehbar hoch sein. Und wir wollen keine übermäßige Belastung des Steuerzahlers für Investment-Ruinen am See. Daher müsste für ein solches Bauvorhaben ein sehr überzeugendes Konzept vorgelegt werden, um Zustimmung zu finden.	Vor Errichtung einer Reha-Klinik wird letztlich der Investor klären müssen, ob eine solche Einrichtung an diesem Standort wirtschaftlich zu betreiben ist. Es ist letztendlich eine wichtige unternehmerische Entscheidung und eine Abwägung von Chancen und Risiken, in wieweit eine Reha-Klinik am See regional und überregional ausstrahlen könnte.	Unsere Fraktion hat in der Stadtratssitzung am 27.03.2014 gemeinsam mit der CDU eine Vorlage zur weiteren Entwicklung am Berzdorfer See eingebracht. Die Bürger für Görlitz sehen die Leitidee aus der Studie von Johann-Friedrich Engel als Basis für die Weiterführung der Entwicklung am See an. Gemeinsam mit Anrainern und Partnern gilt es nun eine Strategie zu entwickeln um wirtschaftliche Ressourcen auch ganzjährig am See zu nutzen und vor allem Arbeitsplätze zu schaffen. Die Gründung eines Zweckverbandes ist dafür ebenfalls unbedingt notwendig.	Auch dieses Vorhaben sehen wir skeptisch, ist doch die medizinische Rehabilitation ein sehr hart umkämpfter Markt. Wir glauben, dass hier die Konkurrenz groß ist und die Krankenkassen auf der Bremse stehen. Der vorgeschlagene „Offenlandpark“ erfordert ein entsprechend großes Gebiet. Dieses wäre durch eine Reha-Klinik in großem Umfang eingeschränkt. Die Arbeitsplätze sollten im Osten und Süden des Sees entstehen.	1200 REHA-Kliniken mit 175.000 Betten in Deutschland sind zumeist schlecht ausgelastet. Kassenpatienten haben kein Wahlrecht auf bestimmte Orte, dafür haben sich die Liegezeiten verkürzt. Die Kombination dieses bürokratischen Verfahrens mit der „fast regelhaften Verneinung“ der medizinischen Notwendigkeit durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung führte inzwischen dazu, dass aus dem ambulanten Bereich heraus kaum noch Reha stattfindet. Der Anteil der von Insolvenz betroffenen Kliniken wird bis 2020 auf 57% zunehmen.	keine konkreten Unterlagen vor. Das betrifft etwaige Wohnhäuser genauso wie eine Reha-Klinik. Sie selbst haben Grundstücksprobleme angeführt, die ja bekanntlich schon andere Investitionen zum Scheitern gebracht haben. Sobald die Themen einen diskussionsfähigen Stand erreicht haben, wird darauf ggf. zurückzukommen sein. Unbestritten ist selbstverständlich, dass bei einer etwaigen Interessenabwägung den berechtigten Anliegen der direkt betroffenen Bürgern ein erhebliches Gewicht zukommt.	Um die Chancen einschätzen zu können, muss eine Bedarfsanalyse erstellt werden. Diese liegt uns nicht vor. Jegliche Spekulation über Chancen und Möglichkeiten wären daher ein Blick in die Glaskugel.	Wir schätzen die Chance für ein solches Projekt grundsätzlich positiv ein. Gerade die Nutzung des Großraumes um den See für nicht nur touristische Zwecke, aber trotzdem dem Gedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet bietet die Chance ganzjährige Angebote zu schaffen, welche Seenutzung, Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbindet. Eine Nutzung des Seegebietes als REHA Standort ist nach unserer Auffassung mit einer verträglichen Nutzung als Naherholungsgebiet und touristisches Zentrum in der Region kompatibel.
		Aus Sicht der SPD ist der Bürgerwille entscheidend – deshalb erwarten wir eine Befragung aller betroffenen Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft des Sees. Dafür sind aus unserer Sicht vollumfassende Informationsangebote zu Chancen und Risiken der verschiedenen Konzepte vorzulegen. Eine Umbenennung des Sees kann zudem aus Sicht der SPD nicht im Alleingang durch die Stadt Görlitz erfolgen. Der Name „Berzdorfer See“ wird seit Beginn der Flutung genutzt und hat sich mittlerweile auch zu einer Eigenmarke entwickelt. Dies sollte entsprechend Beachtung finden, wenn die Akzeptanz bei der Bevölkerung für die anstehenden Baumaßnahmen gewünscht wird.	Die Ganzjahresdestination wird grundsätzlich als gut für die Entwicklung des See und dessen Umfeld angesehen. Darüber hinaus, weisen wir auf unsere bereits beschlossene Stadtratsvorlage zur Bürgerbeteiligung hin, die eine enge und systematische Einbindung der Einwohner bei wichtigen Entscheidungen vorsieht.		Einer gut begründeten Umbenennung des Sees werden wir uns nicht entgegenstellen. Das Gute an der „Engel-Studie“ ist, dass sie ja nicht nur die Stadt Görlitz betrachtet, sondern die ganze Oberlausitzer Region. Dass der See mehr Potenzial als nur Naherholung bietet, heißt keine Ganzjahresdestination mit 3500 Betten, sondern überregionale touristische Angebote am Nord-, Ost- und am Westufer. Eine Umbenennung des Sees wird momentan schwierig, da das zuständige Gremium der Planungsverband ist. Da hat Görlitz drei Stimmen, die beiden Anrainergemeinden je zwei. Wenn sich die anderen Anrainer einig sind, wird Görlitz immer überstimmt.	Wir halten eine Umbenennung des Sees nicht für notwendig, eher für schädlich. Der Name „Berzdorfer See“ ist inzwischen bekannt, auch als Segel- und Surfvrevier. Eine touristische Ganzjahresnutzung mit in Aussicht gestellten 3000 festen Arbeitsplätzen gehört in das Reich der Phantasie. Wir sehen die Chancen des „Berzdorfer Sees“ im sanften Tourismus mit am tatsächlichen Bedarf orientierten Investitionspotenzialen. Die Beteiligung der Bürger aus den am See liegenden Ortsteilen ist über das gesetzlich geforderte Maß der Beteiligung der Ortschaftsräte sicher zu stellen. Nur so kann eine langfristig stabile, nachhaltige Entwicklung sicher gestellt werden.	haben. Sobald die Themen einen diskussionsfähigen Stand erreicht haben, wird darauf ggf. zurückzukommen sein. Unbestritten ist selbstverständlich, dass bei einer etwaigen Interessenabwägung den berechtigten Anliegen der direkt betroffenen Bürgern ein erhebliches Gewicht zukommt.	Der Berzdorfer See kann nur erfolgreich mit den Bürgern gemeinsam entwickelt werden. Die Leitidee zeigt zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Möglichkeit der Entwicklung der Region auf. Die Bürger müssen hier aber maßgeblich mitbestimmen können, wenn die Entwicklung - egal wie geartet - erfolgreich sein soll.	Es gibt gute Gründe den See umzubenennen genauso wie es gute Gründe gibt, dem See seinen heutigen Namen zu lassen. Wir sind davon überzeugt, dass dieser bisher eher emotional geführte Diskussionsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Ein Abwägen der Sachargumente, geschweige denn eine wirkliche ernsthafte öffentliche Diskussion hat nicht stattgefunden. Dies ist jedoch Voraussetzung, uns endgültig festzulegen. Eine Diskussion nicht nur in Fachausschüssen oder Planungsverbandsversammlungen schließt essentiell eine transparente und unter Beteiligung der Bevölkerung geführte Debatte ein. Wir sehen hier auch die Möglichkeit einer Bürgerinnenbefragung, um ein umfassendes Meinungsbild zu erlangen.
		Der im Leitbild dargestellte Offenlandpark ist sehr gut vereinbar mit unserer Idee eines sanften Tourismus am See, der von einzigartigen Anziehungspunkten lebt. Das Görlitzer Naturkundemuseum und der Tierpark sind daher auch für uns die – im wahrsten Sinne des Wortes – „natürlichen“ Ansprechpartner für die Entwicklung des Projektes.	Im Bereich des Westufers sind dem Naturschutz dienliche Maßnahmen vorstellbar. Hierbei sind u.a. ein Offenlandpark, aber auch Tierparkaktivitäten und Anregungen aus der Engel-Studie denkbar.		Die Flächenbewirtschaftung durch konventionelle Landwirtschaft mit ihrem Eintrag von Pestiziden und Insektiziden und die unbedingte Nutzung großer Felder unter Zurückdrängung von Feldrainen und Gebüsch ist für die Insektenwelt, für Bodenbrüter und Vögel überhaupt als auch für Säugetiere und für die Flora lebensfeindlich. Wir sind für jeden Flecken dankbar, auf dem die Natur Zugewinne erzielt bzw. Rückzugsräume bereitgestellt bekommt. Deshalb gibt es für ein solches Projekt von unserer Seite uneingeschränkte Zustimmung.	Wir sehen in der möglichen Gestaltung des Westufers als Offenlandpark eine interessante Gestaltungsvariante, welche als Kontrast zu den mit sportlichen Aktivitäten genutzten Ost- und Westuferbereichen und der „Blauen Lagune“ steht. Auch und gerade im Bereich des „sanften“ Tourismus lassen sich vielfältige Angebote naturverträglich darstellen und anbieten. In der heutigen lauten, schnellen und hektischen Welt suchen die Menschen verstärkt nach Ruhe und Entschleunigung. Genau dies kann das Westufer bieten, mit dem freien und weiten Blick über den See.			Im Grundsatz stehen wir der Idee sehr offen gegenüber. Wir glauben aber, dass weder ihre Idee noch die Ideenskizze von Herrn Engel für sich das letzte Wort sind. Nach unserer Auffassung haben wir mit den unterschiedlichen Konzepten nun aber eine Handlungsgrundlage – auf welche wir lange gewartet haben – um eine Planung am See weiter voran zu treiben. Diese soll nicht nur die tatsächlichen Möglichkeiten, sondern auch durch äußere Rahmenbedingungen bestimmt werden und uns in die Lage versetzen eine öffentliche Debatte zu ermöglichen.